



Schlecker hat versucht, Managementfehler und Konkurrenzdruck auf dem Rücken der Beschäftigten abzulagern. Fotos: Rabbe

KAB: Deutschland braucht endlich ein Mindestlohngesetz

Politik will am Lohndumping „schleckern“

Erst nachdem viele KAB-Vereine, die Betriebsseelsorge und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di seit über einem Jahr die Zustände bei der Drogeriemarkt-Kette Schlecker öffentlich kritisiert hatten, hat nun auch die Politik sich dem Thema angeschlossen.

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, ansonsten eher still, wenn es um Unternehmensschelte geht, kündigte eine Prüfung der gesetzlichen Schlupflöcher an, die das Familienunternehmen Schlecker nutzte, um mit einer eigenen Personalagentur den entlassenen und wieder eingestellten Beschäftigten Dumpinglöhne aufzuzwingen. Schlecker hatte, wie Impuls Mitte letzten Jahres bereits berichtete, Filialen geschlossen, um gleichzeitig mit sogenannten XL-Märkten die Mitarbeiter/innen zu weit schlechteren Konditionen wieder einzustellen. Kritik hatten die KAB, Gewerkschafter und Betriebsseelsorger wie der Augsburger KAB-Diözesanpräses Erwin Helmer auch an der Mitbestimmungspraxis des Unternehmens geäußert. So wurden Betriebsratsgründungen erheblich erschwert, Mitarbeiterinnen per Video überwacht und Mitarbeitern bei schlechter Bezahlung die Organisation und Führung einer ganzen Filiale allein überlassen. Laut der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gibt es in den rund 10.000 Schlecker-Filialen lediglich 100 Betriebsräte.

Ende Januar kündigte Schlecker an, bundesweit mehrere hundert Filialen schließen zu wollen.

LEYEN-VORSCHLAG REICHT NICHT AUS

Mit dem Aufbau der Schlecker-XL-Märkte wurde die Zahl der Festangestellten drastisch gesenkt und bei der Übernahme der Mitarbeiter wurden diesen bedeutend schlechtere Konditionen per Vertrag mit der Meniar Personal-service GmbH angeboten. Gründer und Geschäftsführer der Zwickauer Meniar GmbH war der ehemalige Personalbereichsleiter in der Schlecker-Zentrale. Diese Personalservice-Agentur hatte mit der „Christlichen Gewerkschaft für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) keinen Branchen-, sondern einen Unternehmenstarifvertrag für mehrere tausend Schlecker-Beschäftigte abgeschlossen mit Stundenlöhnen von 6,14 Euro bis 7,15 Euro“, berichtet Betriebsseelsorger Erwin Helmer vom Solidaritätsteam „Schlecker-Beschäftigte.“ Das Solidaritätsteam mit Vertretern von KAB, Betriebsseelsorge, DGB, ver.di und Vertretern der evangelischen Kirche

begrüßte das Einlenken des Konzernchefs Anton Schlecker, der „keine neuen Arbeitnehmerüberlassungsverträge mit der Firma Meniar mehr abschließen“ will. KAB-Diözesanpräses Helmer forderte Schlecker auf, die rigorose Schließungspolitik seiner verbliebenen Läden sofort zu stoppen und das Mobbing gegenüber den Betriebsräten einzustellen. So soll Schlecker erst jüngst seinem Betriebsrat im Bezirk Augsburg-München vor kurzem das Telefon und Fax abgeschaltet und so die Arbeit des Betriebsrates vehement behindert haben. Es reicht nicht, das Leiharbeitergesetz zu ändern, wie es Arbeitsministerin von der Leyen vorhat, erklärte Birgit Zenker, Bundesvorsitzende der KAB. Die KAB-Vorsitzende sieht das Problem Lohndumping bundesweit. „Schlecker ist nur die Spitze eines Eisberges, der in den letzten Jahren in Deutschland angewachsen ist.“ Sie forderte von der Leyen auf, eine bundesweit gesetzliche Regelung für eine menschenwürdige Lohnuntergrenze einzuführen. Die KAB Deutschlands spricht sich für faire Löhne und einen gesetzlichen Mindestlohn von 9,50 Euro pro Stunde aus.